

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Viviane Reding

Die Rolle der EG bei der
Entwicklung Europas von
der Industriegesellschaft
zur Wissens- und
Informationsgesellschaft

Discussion Paper

C 84
2001

Dr. Viviane Reding, geboren 1951 in Esch-sur Alzette, studierte und promovierte in den Geisteswissenschaften an der Sorbonne in Paris. 1978 begann sie ihre berufliche Laufbahn als Redakteurin beim Luxemburger Wort. Von 1979 bis 1989 war sie Mitglied des luxemburgischen Parlaments, wo sie u.a. als Vorsitzende der Christlich-Demokratischen/Konservativen Fraktion tätig war. Von 1986 bis 1998 war sie auch Vorsitzende des Luxemburgischen Journalistenverbandes. Von 1989-1999 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments, dort u.a. bis 1992 Vorsitzende des Petitionsausschusses und Mitglied des Fraktionsvorstands der Europäischen Volkspartei. Seit 1995 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Sozialen Partei/Parti Chrétien-Social. Seit 1999 ist sie Mitglied der Kommission der EU.

Publikationsauswahl: (zusammen mit Werner Tegtmeier), Der soziale Dialog in Europa. Entwicklung und Perspektiven, Bonn 1995.

Dokumentation eines „ZEI-Europaforums“
am 7. März 2001

Viviane Reding

Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft

Die Entwicklung zur Wissens- und Informationsgesellschaft erfordert Veränderungen im Bereich der Bildung und des Lernens, um für alle Menschen Angebote bereitstellen zu können, durch die sie mit dieser Entwicklung künftig mithalten können. Das hat natürlich auch Folgen für die Rolle der Bildungspolitik in Europa - und die Rolle „Europas“ in der Bildungspolitik! Wie Sie wissen, liegt das Bildungswesen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Für Deutschland, seine Bundesländer wie für andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft steht die Bildungspolitik in einem engen Zusammenhang mit nationaler und regionaler Kultur, Identität und Demokratie. Die Europäischen Verträge verleihen den europäischen Institutionen eine Rolle bei der Förderung der Qualität und der grenzüberschreitenden Mobilität. Es gibt jedoch keinen europäischen Auftrag im Hinblick auf die Bildungsinhalte in den einzelnen Mitgliedstaaten - auf das, was unterrichtet, auf das, was gelernt und darauf, wie dieses Wissen von den Lehrern an die Schüler weitergegeben wird. Diese Fragen fallen, dem Prinzip der Subsidiarität gemäß, in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten.

Wenn ich heute einen Blick auf die Rolle der Europäischen Gemeinschaft beim Übergang unseres Kontinents von der Industriegesellschaft in eine Wissens- und Informationsgesellschaft werfe, bitte ich Sie um Verständnis

dafür, dass ich mich hierbei speziell auf die bildungspolitischen Aspekte dieser Entwicklung konzentrieren werde. Nicht nur, weil die Bildung in der Europäischen Kommission mein Ressort ist. Sondern vielmehr, weil ich davon überzeugt bin, dass es sich bei dem Übergang, von dem Sie hier heute sprechen, um einen Übergang von einer Gesellschaft der „Manufaktur“ zu einer Gesellschaft der „Mentalfaktur“ handelt, und dass die Bildung als entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Ausgestaltung dieses Übergangs anzusehen ist.

I. Die Entwicklung zur Wissens- und Informationsgesellschaft: die Herausforderungen für Europa

Ich möchte zunächst die Punkte ansprechen, in denen ich die wichtigsten Herausforderungen und die größten Defizite sehe, mit denen Europa sich bei diesem Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft auseinandersetzen muss. Gestatten Sie mir im Geiste der deutsch-französischen Freundschaft, die so viel zu den Idealen der europäischen Einheit beigetragen hat, damit zu beginnen einen französischen Intellektuellen zu zitieren, den ehemaligen Berater von Präsident Mitterrand und ehemaligen Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Jacques Attali. Attali hat das Internet vor einigen Jahren als „die Entdeckung eines sechsten Kontinents auf dem Planeten Erde“ bezeichnet. Das ist ein interessanter Gedanke. Heute, da wir beginnen, das Potential des Internets und der neuen Technologien auszuschöpfen, würden wir es wohl anders sagen. Vielleicht wäre es heute treffender, zu sagen, dass das Internet der Erde nicht einen weiteren Kontinent hinzufügt, sondern die anderen fünf einander annähert.

Der Philosoph Francis Fukuyama hat gesagt, der Fall der Berliner Mauer, der eine noch größere Perspektive für die Einheit Europas bedeutete, sei „das Ende der Geschichte“. Vielleicht ist der Aufbau des Internets „das Ende der Geographie“? Das Internet ist natürlich nur ein Teil des Ganzen, wenn auch ein wichtiger Teil. Der weltweite Handel, die Informationstechnologien, die Beschleunigung des technologischen Wandels und der wissenschaftlichen Entdeckungen, all diese

Entwicklungen weisen in die gleiche Richtung. Ob wir es nun Wissens- und Informationsgesellschaft nennen, oder einfach „e-Wirtschaft“: was heute geschieht, ist eine tiefgreifende Umgestaltung unserer Gesellschaft, zu der all diese Faktoren beitragen, und im Rahmen derer Fachkenntnisse und Qualifikationen zu unseren wichtigsten Trümpfen werden, und zwar für den Einzelnen gleichermaßen wie für die Gesellschaft. Während wir früher die „harten“ Infrastrukturen und die physischen Werte meinten, wenn wir von Wachstum und Wachstumschancen sprachen, konzentrieren wir unseren Blick heute auf die „weichen“ Infrastrukturen und auf die geistigen Reserven.

Ich bin bestimmt die letzte, die abstreiten würde, dass eine gute Bildung schon immer eine ganz grundlegende Voraussetzung für den Erfolg und die Chancen im weiteren Leben gewesen ist. Aber es gibt ein paar grundlegende Faktoren, die die heutige Lage von der Vergangenheit unterscheidet. Wir beobachten heute, dass tiefgreifende Veränderungen mit einer solchen Geschwindigkeit stattfinden, dass die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung ernste Schwierigkeiten haben, all diese Veränderungen in ihren Lehrplänen zu berücksichtigen. Ein wichtiges Anliegen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung besteht immer auch darin, gesellschaftliche Werte weiterzugeben und aktive Staatsbürger heranzubilden. Lehrplanreformen erfordern daher stets eine sorgfältige Vorbereitung und Diskussion. Darüber hinaus sind die nationalen Lehrpläne in den meisten Staaten ohnehin schon überladen, was bedeutet, dass jedesmal, wenn neue Inhalte aufgenommen werden sollen, an anderer Stelle gestrichen werden muss. Das sind Vorgänge, die ein sehr bedachtes Vorgehen erfordern. Und schließlich müssen wir bei all dem auch bedenken, dass wir nicht einfach die Zahl der Menschen, die im Bildungswesen tätig sind, vermehren oder ihre Qualifikationen von heute auf morgen verändern können. Im Bereich der Lehrerbildung gibt es einen erheblichen Zeitbedarf, den wir nicht aus den Augen lassen können.

Kurz, Bildungssysteme sind relativ unbewegliche Gebilde, aber vielleicht ist gerade diese Trägheit auch ein Vorzug. Wir sollten aufpassen, dass unsere Bildungssysteme nicht von einer allzu schnellen Welle

hinweggeschwemmt werden. Vielmehr sollten wir uns mit zwei wesentlich grundlegenden Herausforderungen auseinandersetzen.

Die erste grundlegende Herausforderung, die ich sehe, ist die Frage des lebenslangen Lernens. Mit der Beschleunigung der technologischen Veränderungen und der Akkumulation von „neuem Wissen“ werden Wissen, Fähigkeiten und Qualifikationen des Einzelnen zu vergänglichen Gütern. Der Einzelne muss seine Kenntnisse und Qualifikationen kontinuierlich aktualisieren, und daher ist es klar, dass die Verantwortung und die Herausforderung, sich an die Informationsgesellschaft anzupassen, nicht allein auf die Schulen und Universitäten beschränkt bleibt. Sie durchzieht das gesamte Leben, von der Wiege bis zur Bahre. Es ist eine allgemeine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, in der alle jenen, die an der Bereitstellung des breiten Spektrums von Bildungsangeboten im Bereich der formalen, informellen und der nicht-formellen Bildung beteiligt sind, eine wichtige Rolle zukommt.

Wie Sie sicherlich wissen, haben meine Dienste ein Europäisches Memorandum zum lebenslangen Lernen vorgelegt, in dem eine Reihe von grundlegenden Fragen aufgeworfen werden, wie das Konzept des lebensbegleitenden Lernens konkret umgesetzt werden kann. Zwar sprechen inzwischen alle vom lebenslangen Lernen, dennoch ist dies für viele Menschen und für die meisten Länder nach wie vor ein sehr abstrakter Begriff.

Wir befinden uns in der Phase der „romantischen Träumerei“ vom lebenslangen Lernen. Nun müssen wir zur Praxis übergehen. Wir wissen um die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens und der Begriff lebenslanges Lernen weckt in uns die freudige Vorstellung von einer „Renaissance des Geistes“, in der wir alle nach Herzenslust Bücher lesen und neue Dinge lernen. Die Wirklichkeit sieht da etwas anders aus. Zum einen geht das Konzept des lebenslangen Lernens von ein paar Grundvoraussetzungen aus: dass nämlich die Menschen lernen wollen und dass sie Zeit dafür haben, dies auch zu tun - aber trifft dies in Wirklichkeit auch zu? Die meisten Menschen haben schon so genug Schwierigkeiten, die Anforderungen, die Beruf und Familie an sie stellen, zu bewältigen und

miteinander in Einklang zu bringen. Wir können dem nicht einfach das Lernen noch hinzufügen, es sei denn, wir strukturieren einiges um in diesem Dreiecksverhältnis von Leben, Arbeiten und Lernen. Das Lebenslange Lernen erfordert auch einen Perspektivenwechsel, insbesondere in der Frage, wie die Menschen in ihrem Lebensentwurf Prioritäten setzen und diese organisieren.

Aber das Lebenslange Lernen erfordert darüber hinaus auch noch weitere Entscheidungen; und zwar insbesondere in der Frage, wie wir das Lernen organisieren und wie wir die Unterrichtsmethoden erneuern, dergestalt, dass das Lernen sowohl attraktiv als auch zugänglich gemacht wird. Wir müssen uns überlegen, wie wir die Qualität dessen, was in informellen und in nicht-formellen Strukturen gelernt wird, anerkennen, bescheinigen und überprüfen.

Wir müssen diskutieren, welche Rolle wir den regionalen und örtlichen Gemeinschaften zukommen lassen. Die örtlichen und regionalen Behörden und Institutionen sind näher an den Bürgern und können deren Lernbedarf besser erkennen und in Abstimmung mit den Arbeitgebern auf diesen Bedarf auch reagieren.

Und wir dürfen auch das Geld nicht vergessen! Man muss kein Professor der Mathematik sein, um zu verstehen, dass es billiger ist, Lernangebote bloss für Menschen zwischen 6 und 18 Jahren bereitzustellen, als das Lernen „von der Wiege bis zur Bahre“ zu finanzieren. Wer zahlt die Rechnung? Wer stellt Zeit für das Lernen zur Verfügung?

Das Memorandum zum Lebenslangen Lernen stellt all diese und viele weitere Fragen. Ziel dieser Arbeit ist eine groß angelegte Beratung in allen Mitgliedstaaten über die wesentliche Frage, welche Entscheidungen getroffen und welche Wege beschritten werden sollen, um den Traum des Lebenslangen Lernens zu verwirklichen. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden uns im Sommer vorliegen und die Kommission beabsichtigt, im Anschluss daran eine Initiative zu ergreifen, um das Lebenslange Lernen ab dem Herbst dieses Jahres weiter zu fördern.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die „Wissens- und Informationsgesellschaft“, die heute das Thema ist, und das „Lebenslange

Lernen“ zwei Seiten der selben Medaille sind. Ohne lebenslanges Lernen für alle, kann es keine Wissens- und Informationsgesellschaft geben.

Ich glaube, dass wir als Menschen mit unseren landsmannschaftlichen und kulturellen Besonderheiten, unseren Gefühlen, unseren Werten und unseren Verantwortungen als Angehörige von Familien und Gemeinschaften, Gefahr laufen, von einer Wissens- und Informationsgesellschaft entfremdet zu werden, wenn diese nicht von unseren eigenen Kräften angetrieben wird. Es macht mir manchmal Sorge, wenn ich höre, wie Leute sagen „Wir müssen mit den technologischen Veränderungen Schritt halten“ - so als ob diese Veränderungen etwas wären, das vor uns herläuft und dem wir atemlos hinterherrennen. Unsere Aufgabe besteht sicher nicht darin, mit der Veränderung Schritt zu halten, sondern vielmehr daran mitzuwirken und die Geschwindigkeit dieser Veränderung zu bestimmen.

Ich sage es daher noch einmal: ohne Lebenslanges Lernen keine Wissens- und Informationsgesellschaft. Das ist mein Credo!

Die zweite grundlegende Herausforderung ist die Frage: Welche grundlegenden Kenntnisse und Qualifikationen sollten die Lernenden sich aneignen, um in dieser Wissens- und Informationsgesellschaft angemessen mitwirken zu können?

Interessanterweise wird in einigen Untersuchungen angegeben, dass es sich bei den Kenntnissen, die benötigt werden, um die Informations- und Kommunikations-technologien zu beherrschen, zu 80 % um soziale und zwischenmenschliche Fähigkeiten handelt: die Fähigkeit, mit anderen zu kommunizieren, zu kooperieren und zu interagieren, Informationen zu strukturieren und zu verwalten, zwischen wichtigen und unwichtigen Informationen zu unterscheiden und in den multikulturellen Umgebungen, die durch das Internet für uns alle zur Realität werden, zu arbeiten.

Auf der anderen Seite kann es gut sein, dass die Technologie selbst viel benutzerfreundlicher wird. Die Informations- und Kommunikationstechnologien werden vielleicht eines Tages, ähnlich wie Strom und Wasser, ganz selbstverständlich zur Grundeinrichtung gehören. Das heißt, bevor wir gleich unser gesamtes Curriculum umstellen, sollten wir innehalten und nachdenken und uns vergewissern, dass wir die Dinge im rechten Licht

Die Rolle der EG

sehen und dann entsprechende Veränderungen vornehmen, die den Proportionen angemessen sind.

Wir sehen, dass in allen Mitgliedstaaten eine Debatte über die neuen Basiskenntnisse und Fähigkeiten im Gange ist und ich sehe es als eine ganz grundlegende Herausforderung für die Europäische Union an, dass nunmehr Antworten hierfür gefunden werden müssen. Um dies tun zu können, müssen wir uns in die Zukunft versetzen. Wir müssen uns überlegen, was für eine Gesellschaft wir wollen und welche Kenntnisse und Qualifikationen die Bürger erwerben sollten, um unser „europäisches Gesellschaftsmodell“ zu erhalten und weiter auszubauen. Dabei geht es nicht nur darum, zu lernen, wie man eine Computertastatur benutzt, es geht hier vor allem auch um soziale Fähigkeiten, um unternehmerische Fähigkeiten, um den Erwerb von Fremdsprachen - um nur einige Punkte zu nennen. Die gesamte Architektur des Wissens wird in 10 bis 20 Jahren ganz anders aussehen und wir müssen nun damit anfangen, uns diese vorzustellen und vorwegzunehmen.

Auf dem Gipfel von Lissabon am 23. und 24. März 2000, auf den ich später noch näher eingehen werde, haben die Staats- und Regierungschefs um einen Entwurf eines Europäischen Rahmenplans für die neuen Grundfertigkeiten in der Wissensgesellschaft gebeten. Daraus geht hervor, dass die Mitgliedstaaten der Auffassung sind, dass diese Diskussion dringend ansteht - und dass den europäischen Institutionen eine wichtige Rolle in dieser Debatte zukommt. Inzwischen hat die Kommission weitere Vorschläge auf den Tisch gelegt. So hat sie etwa vorgeschlagen, eine Task Force einzurichten, die Vorschläge dazu machen sollte, wie die auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Mängel an fachlichen Qualifikationen behoben werden können. Den Arbeitgebern kommt, ebenso wie der Zivilgesellschaft und allen Entscheidungsträgern im Bereich der Bildung und Ausbildung eine Schlüsselrolle bei diesen Initiativen zu.

Ich glaube, wir müssen anfangen, diese beiden Grundfragen anzugehen, aber ich weiß auch, dass es einige unmittelbare Probleme gibt, die unmittelbare Antworten erfordern. Wir müssen beides tun: langfristige Lösungsansätze entwerfen und kurzfristige Antworten geben.

Die kurzfristige Frage, die ich hier nun ansprechen möchte, ist die Problematik, die als die „digitale Kluft“, als „digital divide“ bekannt geworden ist.

Die Überbrückung dieser Kluft ist eine wichtige Herausforderung.

Im Grunde gibt es zwei „digital divides“: die eine trennt Europa von den Vereinigten Staaten und die andere trennt innerhalb der europäischen Gesellschaft die Gruppen, die über digitale Grundkenntnisse verfügen, von den Gruppen in der Gesellschaft, die diese nicht haben.

Wenn wir uns mit der Frage der digitalen Kluft beschäftigen, betrachten wir gleichzeitig auch eines der wichtigsten Defizite Europas.

II. Die Entwicklung zur Wissens- und Informationsgesellschaft: die europäischen Defizite

In Europa wächst die Kluft zwischen einer zunehmenden Anzahl an unbesetzten Stellen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und der Anzahl der qualifizierten Bewerber, mit denen sie besetzt werden können.

- Es gibt in diesem Sektor rund 500.000 unbesetzte Stellen, und diese Zahl könnte im Jahr 2001 sogar 1,6 Millionen erreichen. Dies könnte für die europäischen Unternehmen einen Verlust in der Höhe von fast 300 Milliarden Euros darstellen;
- Der IKT-Sektor schafft jeden vierten neuen Arbeitsplatz. Den Vorhersagen zufolge wird sich die Nachfrage nach IKT-Fachleuten in den Wirtschaftssektoren, die ITK einsetzen, innerhalb der nächsten drei Jahre verdoppeln;
- In weniger als 10 Jahren wird die Hälfte aller Arbeitsplätze von Unternehmen gestellt werden, die entweder größere Produzenten von IKT-Produkten und Dienstleistungen sind oder diese intensiv nutzen. Die neue Nachfrage wird überwiegend aus Projekten kommen, die im Zusammenhang mit dem „e-Business“ stehen.

Die Rolle der EG

Am größten wird die Kluft in den Wirtschaftszweigen sein, die durch die Internettechnologie neu strukturiert werden: Finanzdienstleistungen, Fremdenverkehr, Buchhandel etc. 60% der Arbeitsplätze mit IKT-Bezug werden in anderen Sektoren als dem IKT-Sektor selbst angesiedelt sein, viele von ihnen in kleinen und mittleren Unternehmen. Der größte Bedarf und folglich auch die größte Deckungslücke für IKT-Fachleute ist in den traditionellen Klein- und Mittelbetrieben festzustellen. Das Problem der IKT-Lücke ist tiefgreifend und die Tendenzen und Extrapolationen sind keineswegs ermutigend. Daneben gibt es noch ein weiteres Problem, das damit verwandt, jedoch breiter angelegt ist und auf lange Sicht enorme Probleme aufwirft, und zwar der Rückgang des Interesses der jungen Menschen an den naturwissenschaftlichen und technologischen Ausbildungsgängen. Die Studierenden interessieren sich mehr für die Sozialwissenschaften, die Rechtswissenschaft, für Finanz- und Wirtschaftswissenschaften im weitesten Sinne; dabei werden sie aber in einer Welt leben, studieren und arbeiten, in der die digitale Technologie allgegenwärtig ist. Wir müssen hier in zwei Bereichen tätig werden. Wir sollten das Niveau der IKT-Fertigkeiten bei den jungen Menschen ganz deutlich anheben, so dass die ganze kommende Generation eine gute Grundlage in diesem Bereich hat, mit den Technologien vertraut ist und mit ihnen arbeiten kann. Aber ausserdem brauchen wir auch viel mehr junge Menschen, die sich in den naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildungsgängen spezialisieren. Europa sollte bei der Entwicklung und Innovation im Bereich der Technologie an erster Stelle stehen.

Hinsichtlich der Ausstattung sind die skandinavischen Staaten in Europa an der Spitze, dort gibt es im Durchschnitt in den Schulen einen Computer für etwa acht Schüler, und fast alle Schulen haben einen Internet-Anschluss. Es bestehen aber weiterhin große Diskrepanzen zwischen den verschiedenen europäischen Staaten. So gibt es in Frankreich zum Beispiel in den Primarschulen einen Computer je 30 Schüler, und nur 10 % dieser Rechner sind an das Internet angeschlossen. Demgegenüber kamen in den Vereinigten Staaten Ende 1998 im Durchschnitt auf einen Computer sechs Schüler; einen Internet-Anschluss gab es in 89% der Schulen und in 51% der Klassenräume.

Auch außerhalb der Schulen ist das Internet im Leben der Amerikaner stärker präsent als im Leben der Europäer. Während über 40 % der amerikanischen Haushalte über einen Internet-Anschluss verfügen, sind es in der Europäischen Union weniger als 30%.

Und der Gebrauch von Computern im alltäglichen Leben ist in den USA ebenfalls stärker verbreitet als in der EU. Zwischen 1997 und 1998 ist das Volumen der Ausgaben, die die Verbraucher Online tätigen, vom 10fachen des europäischen Betrag auf fast das 20fache des europäischen Betrags angesteigen. Und dies in nur einem Jahr! Das spricht für sich. Aus all diesen Gründen habe ich letztes Jahr eine neue Initiative mit dem Titel 'e-Learning' angekündigt, um die Bildung in Europa ans Netz zu bringen, eine Initiative, die sich die folgenden Ziele setzt:

- Verfügbarkeit einer qualitativ anspruchsvollen IKT-Infrastruktur zu tragbaren Kosten,
- Verfügbarkeit von Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen zur Anhebung der Qualität im IKT-Bereich,
- Entwicklung eines diversifizierten europäischen Angebots an Inhalten und Diensten im Internet,
- Europäische Vernetzung aller einschlägigen IKT-bezogenen Initiativen im Hinblick auf eine bessere Koordinierung.

Für das Bildungswesen stellt eLearning eine Bemühung dar, die Schulen mit Multimedia-Rechnern auszustatten, eine Initiative, um Lehrer in den Techniken der digitalen Datenverarbeitung zu schulen, eine Initiative für die Entwicklung europäischer Dienstleistungen und Software für den Bildungsbereich und eine beschleunigte Vernetzung der Schulen und Lehrer.

Diese E-Learning-Initiative setzt sich die folgenden Zielvorgaben:

- Bis Ende 2001 sollen alle Schulen und alle jungen Menschen in Europa Zugang zum Internet bekommen, ob in der Schule oder in öffentlichen Zentren;

Die Rolle der EG

- Bis Ende 2002 sollen alle Lehrer über eine individuelle Ausrüstung verfügen und in der Lage sein, das Internet und multimediale Ressourcen zu nutzen;
- Bis Ende 2003 sollen alle Schulabsolventen über das erforderliche Grundwissen verfügen, das sie benötigen, um einen Computer zu benutzen.

E-Learning ist eine Dachinitiative zur Mobilisierung der Mitgliedstaaten, der Sozialpartner und der Wirtschaft, der Lehrer wie der Lernenden, ein Programm, das unseren Schulen und Ausbildungsstätten Zugang zum Internet und zu multimedialen Ressourcen vermitteln, und dadurch unsere Gesellschaften an das Informationszeitalter andocken soll.

Die Schüler zum kritischen Umgang mit dem Internet erziehen, neue Technologien in moderne Unterrichtsmethoden einbetten, die Fähigkeit des Lernens vermitteln, neue interaktive Methoden einführen, die Schulen untereinander vernetzen – dies sind die wichtigsten Mittel, mit denen wir unsere Zielsetzungen erreichen wollen. Aber das ist nicht alles. Wir müssen europäische Inhalte für den Unterricht in einem kulturell vielfältigen Umfeld schaffen.

Wie bereits erwähnt verläuft die “digitale Kluft” nicht nur zwischen den USA und der EU, es gibt innerhalb unserer Gesellschaften weitere Trennungslinien, die wir überbrücken müssen. Es gibt starke Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen, die das Internet nutzen, und denen, die dies nicht tun. Es gibt in Europa eine enorme “digitale Geschlechterdifferenz”: 82 % der Internet-Nutzer sind Männer und nur 18% Frauen! Im Hochschulbereich sind Frauen in den naturwissenschaftlichen Fächern im allgemeinen unterrepräsentiert, ganz besonders aber in den Fachbereichen Elektrotechnik und Informatik. Es gibt auch eine “digitale Trennungslinie zu den höheren Altersgruppen”. Auch wenn unsere Gesellschaften langsam altern, ergraut das Internet noch lange nicht: Selbst in den USA haben 87% der Rentner keinen Zugang zum Internet, während 65% der unter 30-jährigen online sind.

Das Internet und die neuen Technologien sind Wunder des Wissens und der Information und werden ein gewaltiges Potential für Wachstum wie auch

für den Zusammenhalt bieten. Die neuen Technologien können zum Beispiel ganz neue Wege für das Lernen und Studieren eröffnen und uns potentiell darin unterstützen, manche der Probleme in unseren Bildungssystemen zu bekämpfen, darunter Schulmüdigkeit, frühzeitiger Schulabbruch und Probleme von Menschen mit besonderen Lernschwierigkeiten, zum Beispiel Legasthenie. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass wir proaktiv handeln und die erforderlichen Schritte unternehmen müssen, um sicherzustellen, dass der Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft so erfolgt, dass er am Besten mit unseren Bestrebungen und Werten in Einklang ist.

III. Die Entwicklung zur Wissens- und Informationsgesellschaft: die Rolle Europas

E-Learning ist nur eines der Beispiele für die Rolle, die Europa spielen kann, um eine gemeinsame Agenda aufzustellen und die Mitgliedstaaten für diese zu mobilisieren. Wir können auf europäischer Ebene konkrete Zielsetzungen und Termine abstecken, und damit sowohl die Dringlichkeit dieser Angelegenheit als auch unsere gemeinsame Verantwortung auf dem Weg zur Wissens- und Informationsgesellschaft unterstreichen. Wir müssen uns klar machen, dass die Antwort auf diese Probleme nicht weniger Europa sein kann, sondern „ein besseres Europa“ lauten muss. Genau das sagen mir auch die jungen Menschen, wenn ich ihnen in Ihrem Land oder in anderen Ländern begegne. Sie wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sie wollen vorankommen in einem Europa, das ihre Wünsche und Erwartungen erfüllt und ihnen ganz konkrete Vorteile bietet. Wir müssen uns klar machen, dass die Globalisierung voranschreitet und dass der europäische Einigungsprozess kein Prozess ist, in dem wir unsere nationalen Wurzeln oder Zugehörigkeitsgefühle verlieren, sondern ein Prozess, in dem wir diese Wurzeln – als eine Antwort auf die Globalisierung - in einer größeren Wertegemeinschaft verankern können.

Da jetzt bald der Frühling anfängt, möchte ich hier auch auf die Theorie des “Klimachaos” von Edward Lorenz zu sprechen kommen, nach denen das Aufplattern eines Schmetterlings in Brasilien einen Sturm in New York

verursachen kann. Die Essenz dieser Theorie des Chaos besagt, dass das Wetter das Produkt einer endlosen Reihe von Interaktionen in einem riesigen globalen klimatischen Netzwerk ist, in dem auch kleinste Veränderungen Wellen schlagen, die sich über den ganzen Globus hinweg verbreiten können, Wellen, die vervielfacht, verzerrt und verstärkt werden und in sich das Potential bergen, in einem anderen Teil unseres Planeten katastrophale Auswirkungen nach sich zu ziehen.

Ich bin in der Tat davon überzeugt, dass die Volkswirtschaften in unseren Staaten zu so etwas werden wie "nationale Klimata", was in gewisser Weise schon ein Widerspruch in sich ist. Die nationale Volkswirtschaft ist nur eines der Tore in einem riesigen Netzwerk mit Verbindungen und Interdependenzen, in dem eine kleine Veränderung in einem Land sehr viel größere Auswirkungen in einem anderen verursachen kann. Die Nationalökonomie muss mit ihren eigenen "Schmetterlings-Effekten" umgehen, die über eine ganze Reihe von Übertragungseffekten in die politische Arena eingebracht werden: die Euro-Kurse, internationale Wechselkurs-spekulation, die Wertpapierbörsen, die immer weniger an Grenzen gebunden sind, Umstrukturierungen und Verlagerungen großer multinationaler Konzerne, internationale Handelsabkommen, die Ölpreise, die neue virtuelle Internet-Ökonomie usw.

Ebenso wie die Wirtschaft bleiben auch unsere "Wertesysteme", seien es nationale oder europäische, von diesen Entwicklungen der modernen Technologie nicht unberührt. Ich sagte es bereits, das Internet bietet uns als Informations- und Kommunikationspotential einen reichen Schatz. Aber dabei dürfen wir nicht übersehen, dass das Internet auch Probleme mit sich bringt.

Denn das Internet ist auch in der Lage, eine Reihe von Kodizes und Werten zu umgehen, die wir in unseren Gesellschaften hoch ansetzen. Nicht immer wird im Internet die Privatsphäre und das geistige Eigentum geachtet; hier werden Menschen auf verschiedenem Wege zur Nicht-Achtung verleitet, ohne dass es immer und überall wirksame Mechanismen für Beschränkungen oder Sanktionen gäbe. Und mehr noch, persönliche Kontakte könnten unter Umständen durch virtuelle Kontakte immer mehr

verdrängt werden: der Kontakt zwischen Kunde und Anbieter, zwischen dem Staat und seinen Bürgern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Und so kann es sehr wohl sein, dass das Internet das Konzept der "Gemeinschaft" und die "Kunst des Zusammenlebens" verändert – und damit einen der Eckpfeiler jeder modernen Demokratie.

Wir müssen uns bewusst sein, dass es gewisse Tendenzen gibt, die Auswirkungen auf einige grundlegende Aspekte unserer Gesellschaften haben können. Die Aufgabe der Bildung besteht hier darin, uns die geistigen Fähigkeiten zu vermitteln, die es uns gestatten, diese Veränderungen zu bewältigen. Wie schon H. G. Wells sagte: die gesamte Geschichte der Menschheit ist ein Wettlauf zwischen Bildung und Katastrophe.

Diese Botschaft haben die führenden Politiker in unseren Ländern gehört; und haben auf dem Gipfel von Lissabon am 23. und 24. März letzten Jahres ihre Schlussfolgerungen gezogen. Der Gipfel von Lissabon ist der Anfang einer stillen Revolution. Wie ich bereits eingangs gesagt habe, bewirkt der Gipfel von Lissabon zweierlei:

- er misst der Bildung in Europa eine größere Rolle zu,
- er misst Europa in der Bildung eine größere Rolle zu.

Beide Punkte verlangen eine Erklärung. Die Bildung ist die „new frontier“, neue Grenze des nächsten Jahrzehnts. In Lissabon haben wir endlich sehen können, dass die Staats- und Regierungschefs sich nicht nur mit Wirtschaft und Finanzen beschäftigen, sondern die grundlegenden Aspekte des Wachstums und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt ihres Interesses rücken: die Informationsgesellschaft und die Rolle der Bildung in dieser Gesellschaft. In Lissabon hat sich die Union ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraums der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Dies ist ein strategisches Ziel, das genau so wichtig ist wie die Vollendung des Binnenmarktes, die Einführung des Euros und die Erweiterung der

Union. Und die Mittel, die wir brauchen, um diese Ziele zu erreichen, beziehen sich in großem Umfang auf die Bildung. Ich möchte kurz einige von ihnen anführen:

- Es sollen gemeinsame Zielsetzungen für die Bildungssysteme festgelegt werden;
- Die Pro-Kopf-Beträge der Investitionen in die Humanressourcen sollen *jährlich* erheblich angehoben werden;
- Der Anteil der Schüler, die die Schule frühzeitig verlassen und höchstens einen Abschluss im Sekundarbereich I und also keine weitergehende Qualifikation erwerben (diese Quote liegt derzeit bei 21 %) soll in einem Zeitraum von 10 Jahren um die Hälfte reduziert werden;
- Es soll ein europäischer Rahmen für die Definition der neuen Grundfertigkeiten aufgestellt werden, die über das Lebenslange Lernen vermittelt werden sollen;
- Ein europäisches Diplom für IKT-Grundfertigkeiten;
- Ein europäisches Modell für die Erstellung von Lebensläufen;
- Impulse zur Steigerung der Mobilität der Lernenden, Lehrenden und Forscher.

Die Entwicklung von örtlichen Lernzentren, die allen offen stehen. Gemeinsame Zielsetzungen, europäische Standardmodelle, Diplome und Rahmenregelungen. Gehen wir auf ein europäisches Bildungswesen zu? Dies bringt mich zu dem zweiten Punkt – der Rolle Europas im Bildungsbereich. Ich möchte versichern, dass wir das Subsidiaritätsprinzip und die rechtliche Grundlage, die in den europäischen Verträgen verankert ist, in vollem Umfang ernst nehmen. Wie Sie wissen ist die Europäische Kommission schließlich die Hüterin der Verträge, und es gehört zum Wesen ihrer Aufgaben, diese zu beachten und zu schützen.

Die Schlussfolgerungen von Lissabon sollten nicht als ein Einbruch der europäischen Politik in die nationalen Bildungspolitiken betrachtet werden. Interessant an den Schlussfolgerungen ist aber, dass wir zum ersten Mal in

unserer Geschichte das Bedürfnis hatten, über die Gemeinsamkeiten im Bildungsbereich zu sprechen, und nicht wie immer - fast automatisch oder schon „vorprogrammiert“ – den Schwerpunkt auf die Verschiedenheit zu legen. Dies ist eine wichtige „Paradigmenverlagerung“, die sich in dieser stillen Revolution vollzieht. Wir erkennen an, dass trotz der enormen Unterschiede zwischen den Bildungssystemen, die Herausforderungen und bestimmte Ziele ähnlich, wenn nicht sogar die gleichen sind.

Aus diesem Grunde haben die Mitgliedstaaten einen neuen Weg der Zusammenarbeit eingeschlagen. Die neue offene Methode der Koordinierung, die in Lissabon angenommen wurde, wahrt das Prinzip der Subsidiarität, bemüht sich jedoch gleichzeitig darum, alle Optionen „auszuschöpfen“, die unter dem „Dach“ der Subsidiarität zur Verfügung stehen. Die Frage ist nicht, ob wir das Subsidiaritätsprinzip beachten oder nicht – denn wir beachten es ja. Ich denke, dass es sich um Grunde genommen um den alten Streit um die Frage handelt, ob das Glas halb leer oder halb voll ist. Die Mitgliedstaaten wie auch die europäischen Institutionen haben in den letzten 40 Jahren immer die Tendenz gehabt, zu sagen, das Glas der europäischen Bildung sei halb leer. Nach Lissabon tendieren wir dazu, zu sagen, dass das Glas halb voll ist. So ist die offene Methode der Koordinierung in der Tat darauf angelegt, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, schrittweise ihre eigenen Strategien zu entwickeln; diese können jeweils einen oder alle der folgenden Aspekte umfassen:

- Die Festlegung von Leitlinien für die Union, die kombiniert werden mit spezifischen Zeitplänen für die Umsetzung der kurz-, mittel- und langfristigen Ziele;
- Die Entwicklung geeigneter quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks, die die weltweit höchsten Standards widerspiegeln, und die auf die Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedstaaten und Sektoren zugeschnitten sind und ein Instrument für den Vergleich der besten Praktiken bieten;
- Übertragung dieser europäischen Leitlinien in nationale und regionale Strategien durch die Festlegung spezifischer Ziele und Ergreifen

Die Rolle der EG

geeigneter Maßnahmen, unter gebührender Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede;

- Regelmäßiges Monitoring, Evaluierung und gegenseitige Prüfung (“peer reviews”), die so organisiert sind, dass Jeder von dem Anderen lernen kann.

Wie gesagt, diese offene Methode der Koordinierung wahrt das Subsidiaritätsprinzip. Wir benötigen sie, um die übliche Praktik der “Absichtserklärungen” (im besten Falle) und des Rückzugs ins Dogmatische (im schlimmsten Falle) abzulösen. Mit der offenen Methode der Koordinierung gestalten wir unsere Bemühungen nachhaltiger und bemühen uns darum, zu messen und zu verfolgen, in welchem Ausmaß wir in Bezug auf unsere Absichten Fortschritte verbuchen können. Wenn sich die Union, wie ich bereits erwähnt habe, das strategische Ziel gesetzt hat, eine der wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaften der Welt zu werden, und alle Mitgliedstaaten sich dieser Zielsetzung verpflichtet fühlen, und wenn anerkannt wird, dass die Entwicklung der Humanressourcen für das Erreichen dieses Ziels eine Schlüsselrolle spielt, dann ist auch jeder Mitgliedstaat dafür verantwortlich, in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um diese Kräfte der Innovation, des Wandels und der Kreativität freizusetzen.

Diese Idee der gegenseitigen Rechenschaftslegung bereichert die Bildungspolitik in Europa. Sie besagt nicht, dass die Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission zur Rechenschaft gezogen werden können, sie bedeutet hingegen, dass ein Mitgliedstaat sich gegenüber der „Gemeinschaft“ der anderen Mitgliedstaaten zur Rechenschaft verpflichtet fühlt. Ein vergleichbarer Prozess der Beobachtung und gegenseitigen Prüfung entwickelt sich derzeit auch im Bereich der Beschäftigungspolitik – und ich denke, er hat bereits zu einigen erfreulichen Ergebnissen geführt.

Lassen Sie mich noch Eines zum Thema Indikatoren und Benchmarks anmerken. Dies ist ein neuer Bereich für das Bildungswesen, und als solcher meiner Überzeugung nach sehr spannend, aber mir ist

selbstverständlich klar, dass er nur einen Teil der Realität widerspiegelt. Manchmal sind aus den Indikatoren keine Qualitätsmerkmale abzulesen, und manchmal reflektieren sie nicht die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, genauso wenig wie den dynamischen sozialen und wirtschaftlichen Kontext, in dem wir uns bewegen. Die Tatsache, dass zum Beispiel die Eingliederung der Schulabsolventen in den Arbeitsmarkt in manchen nationalen Statistiken schlecht abschneidet, bedeutet nicht unbedingt, dass das Bildungswesen keine gute Arbeit leistet. Sie könnte auch ein Zeichen für die schlechte Wirtschaftslage in dem betreffenden Land sein. Ich bin somit davon überzeugt, dass wir den Kontext der Daten niemals aus den Augen verlieren und auch Quantität nicht mit Qualität verwechseln sollten. Und wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, die Länder in irgendeine Rangordnung einstuft zu wollen. Dies kann zu einem Stimmungsumschwung in der Bildungspolitik führen, was wiederum die neue konstruktive Dynamik, die wir im Anschluss an den Gipfel von Lissabon gerade aufbauen, in Mitleidenschaft zöge. Andererseits sollten wir aber auch das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Quantitative Indikatoren können sehr nützlich sein, wenn es gilt, die politischen Zielsetzungen in die Praxis umzusetzen und unsere Fortschritte in dieser Hinsicht zu beobachten und zu messen. Wichtig ist hier, dass die Ziele von den Mitgliedstaaten selbst festgelegt werden, und zwar in einem „bottom-up“ Prozess, in einem partizipativem Prozess, und dass sie nicht „top-down“ von der Europäischen Kommission vorgegeben werden. Dies ist mir ein sehr wichtiges Anliegen und ein Prinzip, das ich immer verteidigen werde.

IV. Die Schritte von Lissabon nach Stockholm und weiter nach Barcelona

Durch den Gipfel von Lissabon wurde auch der Grundsatz eingeführt, dass wir regelmäßig ähnliche Gipfeltreffen veranstalten, um unsere Fortschritte zu beobachten; um zu überprüfen, ob Europa sich weiterhin auf dem Weg zur Wissens- und Informationsgesellschaft befindet, und um neue

Initiativen zu erwägen, die unsere Bemühungen weiter verstärken. Der erste "Folge"-Gipfel steht schon vor der Tür: der Rat von Stockholm am 23.-24. März 2001. In Stockholm können wir dann auf ein ganzes Jahr zurückblicken und ich glaube, dass wir uns von den Schritten, die wie bisher unternommen konnten, ermutigt fühlen dürfen. Mit einem Aktionsplan für die Mobilität, der Mitteilung zum e-Learning und dem Memorandum zum Lebenslangen Lernen haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen, aber es gibt noch viel zu tun. Stockholm wird jedoch, meine Damen und Herren, geprägt sein von der Diskussion über die Annahme des Berichts über die konkreten künftigen Zielsetzungen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung. Nehmen die Staats- und Regierungschefs diesen Bericht an, ist ein wichtiger Schritt gegangen. Zum ersten Mal würden sich die nationalen Bildungssysteme auf einige breit angelegte, gemeinsame Ziele einigen, und zwar die Anhebung der Qualität der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Erleichterung des Zugangs zu diesen Systemen für Alle; und die Öffnung dieser Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt – gegenüber der Welt jenseits unserer nationalen Grenzen, aber auch für die "Innenwelt": engere Kontakte zum Bereich der Forschung und Wissenschaft, zur Arbeitswelt wie auch zur Gesellschaft im weiten Sinne.

Durch diesen Bericht zu den Zielsetzungen der Bildungssysteme stellen sich die Mitgliedstaaten gemeinsam einer Reihe ganz konkreter gemeinsamer Herausforderungen und Zielsetzungen. Sie werden sich auf die Rolle einigen, die das Bildungswesen in einer multikulturellen Gesellschaft spielt, die im Wandel begriffen ist und schon langsam ergraut, in der junge und fähige Menschen zu einer raren Ressource werden. Sie werden sich in der Frage einigen, wie die Bildung dem Wirtschaftswachstum, einer nachhaltigen Entwicklung und der Chancengleichheit förderlich sein kann. Der Bericht zu den Zielsetzungen wird sich ganz konkret zu verschiedenen Punkten äußern, so zum Beispiel zur Qualitätssicherung im Bildungswesen, zu den Anforderungen an die Lehrerbildung, zum Erlernen von Fremdsprachen, die Entwicklung eines Unternehmergeistes; er wird auch auf die Frage eingehen, wie das Lernen

sowohl für die Lernenden als auch für die Lehrenden attraktiver gemacht werden kann.

Die wichtigste Botschaft dieses Berichts liegt aber vielleicht darin, dass in ihm anerkannt wird, dass die Zukunft der Union einen beträchtlichen Beitrag des Bildungswesens benötigt und dass kein Mitgliedstaat dies allein bewältigen kann. Es wird in dem Bericht anerkannt, dass wir in einer interdependenten Welt auf unsere Ähnlichkeiten setzen müssen, dass wir voneinander lernen müssen, uns über unsere Erfolge und Misserfolge austauschen und uns die Bildung gemeinsam zu Nutzen machen müssen, um die europäischen Bürger und Gesellschaften im neuen Jahrtausend voranzubringen.

Der darauffolgende Gipfel wird dann der Frühjahrsgipfel von Barcelona 2002 unter spanischem Ratsvorsitz sein. Dieser wird die Gelegenheit bieten, einen Bericht vorzulegen, in dem wir ausführen, wie die offene Methode der Koordinierung im Einzelnen angewandt werden kann, um uns den Zielsetzungen, die wir Stockholm dargelegt haben, anzunähern. Die offene Methode der Koordinierung kann für verschiedene Zielsetzungen Verschiedenes bedeuten. Für manche Zielsetzungen können die Mitgliedstaaten den Wunsch haben, über Indikatoren oder Benchmarks zu verfügen; für andere können sie möglicherweise lediglich für weniger fest strukturierte Formen des Gedankenaustauschs und den Austausch über bewährte Praktiken optieren; für manche der Zielsetzungen mag es angebracht sein, Forschungsvorhaben durchzuführen, für andere wiederum gemeinschaftliche Aktionen zur Förderung bestimmter Aspekte der Zusammenarbeit usw. Es wird sich um einen maßgeschneiderten Ansatz handeln, oder auch einen vielfältigen Ansatz, bei dem unterschiedliche Methoden mit verschiedenen Zielsetzungen verbunden werden. Dieser Gipfel in Barcelona nächstes Jahr wird uns daher gewissermaßen eine Skizze der Zusammenarbeit im Bildungsbereich für das nächste Jahrzehnt an die Hand geben. Ein Gipfel, den es sich zu verfolgen lohnt!

V. Nizza und künftige Entwicklungen

Gestatten Sie mir zum Ende meiner Ausführungen einige Worte zu Nizza und einen Ausblick auf die künftigen Entwicklungen. Über die Regierungskonferenz von Nizza ist viel gesagt worden. Da war einige Kritik dabei, auch von Seiten der Kommission. Aber im Zusammenhang unserer heutigen Gespräche sollten auch einige Pluspunkte des Europäischen Rats hervorgehoben werden, also des Teils des Gipfels von Nizza, der vor der Debatte über die Vertragsänderungen stattgefunden hat.

Insbesondere möchte ich hier die folgenden vier Aspekte anführen:

Erstens hat der Rat von Nizza die Europäische Sozialagenda angenommen. Dies bedeutet eine wichtige Errungenschaft für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft. Die Modernisierung und Verbesserung des Modells der europäischen Sozialordnung, auf die sich diese Agenda bezieht, ist ein notwendiges Unterfangen, das die Grundlage für den Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft bilden muss. Wenn wir sicherstellen wollen, dass das Entstehen dieser neuen Wirtschaft die bestehenden sozialen Probleme Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut nicht etwa noch verstärkt, wird es unverzichtbar sein, in Menschen zu investieren und einen aktiven und dynamischen Wohlfahrtsstaat zu entwickeln. Die Europäische Sozialagenda spricht hier deutliche Worte und bezieht sich ganz offen auf die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, auf die Mobilität der Lehrenden wie auch der Lernenden und auf die Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Zweitens hat der Rat von Nizza die strukturellen Indikatoren einbezogen, anhand derer die jährlichen Fortschritte der Europäischen Union auf unserem Weg zur Wissens- und Informationsgesellschaft gemessen werden sollen. Ich bin froh darüber, dass diese Indikatoren berücksichtigt werden, weil sie wichtige Indikatoren zum Bildungsbereich beinhalten, wie die Pro-Kopf-Beträge der Investitionen in die Humanressourcen, die Schulabbruchquoten und die Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen. Mit diesen Indikatoren haben wir es jetzt Schwarz

auf Weiss, dass der Fortschritt der Union auch ein Fortschritt in bildungspolitischen Belangen sein muss.

Der Rat von Nizza hat auch eine EntschlieÙung zur Unterstützung des Aktionsplans für die Mobilität von Lehrenden, Lernenden und Forschern angenommen. Bei dem Aktionsplan für Mobilität, der unter dem französischen Ratsvorsitz entwickelt wurde, handelt es sich um einen sehr flexiblen "Werkzeugkasten" aus dem sich die Mitgliedstaaten die Instrumente auswählen können, die ihnen am besten dafür geeignet scheinen, die Mobilität zwischen unseren Ländern zu fördern. Ich befasse mich derzeit mit der Frage, welche Möglichkeiten es für die Kommission gibt, diesen "Werkzeugkasten" innerhalb der uns zur Verfügung stehenden Kompetenzen und Ressourcen zu nutzen, auch wenn es in erster Linie die Mitgliedstaaten selbst sind, die diese Instrumente nutzen sollten, da die meisten Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität im Zuständigkeitsbereich der einzelstaatlichen Gesetzgebung und Verfahren liegen.

Schließlich hat der Rat von Nizza das neue Beschäftigungspaket angenommen, das zu meiner großen Zufriedenheit weitere Fortschritte gemacht hat und sich auch auf die Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Bildung im Zusammenhang des lebenslangen Lernens bezieht. Das Beschäftigungspaket bezeugt, dass die Entwicklung der Humanressourcen und die fortwährende Aktualisierung der Fertigkeiten und Qualifikationen unverzichtbar sind für die Entwicklung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, weniger Arbeitslosigkeit und einer höheren Beschäftigungsquote für alle Bürger: Männer und Frauen, jung und alt.

Wir haben den Wind in unseren Segeln und sind uns einig darüber, wohin die Reise gehen soll. Die Entwicklung Europas zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft sollte die Kräfte der Innovation und des Wachstums freisetzen, mit denen dieser Kontinent reichlich versehen ist. Jedoch sollten alle an diesem Übergang beteiligt sein, keiner sollte zurückgelassen werden. Lebenslanges Lernen, eine erneuerte und verstärkte Sozialagenda, dies sind strukturelle und langfristige Vorhaben, die kurzfristig wirkende Lösungen und Mittel begleiten müssen, mit denen

die Spaltungen im Bereich der digitalen Entwicklung, die zwischen unseren Staaten und zur anderen Seite des Atlantiks bestehen, geschlossen werden sollen.

Wir müssen kurzfristige Maßnahmen mit langfristigen Maßnahmen kombinieren und die wirtschaftliche Entwicklung untrennbar mit dem sozialen Zusammenhalt verknüpfen. Und wir müssen dies gemeinsam tun, wie 15 Ruderer, die das Boot zusammen durch die stürmische See rudern, eine stürmische See, die wir aber – und da bin ich mir ganz sicher – voller Vertrauen überqueren können.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-84-8



Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>